

# Die Straße braucht uns!

Die Corona-Pandemie hat die Idee von der volligitalen Zu-Hause-Gesellschaft verstärkt. Die Stadt aber will uns auf der Straße

VON TALJA BLOKLAND

Der Corona-Lockdown hat schwerwiegende Folgen für den Einzelhandel, wie Wirtschaftsexperten zeigen. Ob das nun tatsächlich auch auf Karstadt zutrifft, sei dahingestellt – der Konzern nutzt den Lockdown jedenfalls, um seine eigene Krise zu erklären. Das Unternehmen wolle weitere Filialen schließen, um das vollständige Verschwinden der Warenhauskette zu verhindern, heißt es. Auch in Berlin sollen weitere Häuser schließen, in Hohenschönhausen und in den Neuköllner Gropiushausen.

Die Debatte darüber dreht sich vor allem um wirtschaftliche Fragen. Unterschwellig wird oft transportiert, die Filialschließungen seien zuzunehmen der natürliche Lauf der Digitalisierung: Alles, was wir brauchen, ist online erhältlich – und nicht nur alles, was wir wirklich brauchen, sondern auch noch alles, von dem der Algorithmus der Meinung ist, wir könnten es „brauchen“. Warum also Kaufhäuser retten? Macht es wirklich einen so großen Unterschied, dass wir jetzt im Home-Office arbeiten und auch von zu Hause aus einkaufen?

Ja, es macht einen Unterschied. Übermäßiges Zu-Hause-Bleiben wirkt sich auf das soziale Gefüge der Stadt aus. Die Stadt braucht uns. Dass wir nach draußen gehen, ist wichtig für die Demokratie, das Vertrauen und den Zusammenhalt in der Stadt. Die Stadt braucht Menschen, die aneinander

**Kaufhäuser wie Karstadt sind soziale Anker und helfen, die Vielfalt zu sehen und zu erhalten**

vorbeigehen und voneinander genervt sind. Der Verdross war immer ein fruchtbarer Nährboden für die städtische Zivilgesellschaft. Auf Straßen und Plätzen passieren alle möglichen Dinge, während wir oberflächlich betrachtet nur shoppen.

Bei den Verhandlungen über den Erhalt von Karstadt-Häusern geht es vordergründig darum, wie viele Arbeitsplätze gerettet werden. Aber Kaufhäuser und Einkaufsstraßen sind in der Stadt auch Anker des Sozialen. Als solche haben sie zwei Funktionen, die weit darüber hinausgehen, Menschen mit den Dingen des täglichen Lebens zu versorgen: Diese Straßen helfen uns, etwas zu tun: spazieren, schauen, paradien oder einfach sie durchqueren. Sie erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass sich Fremde begegnen und damit das öffentliche Vertrauen. Zweitens sind sie inklusive Orte für Praktiken, die viele als abweichend von der Norm betrachten.

Eine durchmischte städtische Infrastruktur, das Nebeneinander von Einkaufsmöglichkeiten, Wohnen und öffentlichen Einrichtungen, bringt die Leute dazu, sich auf ihrem Weg von einem Ort zu einem anderen, sagen wir, zur U-Bahn-Station, zu einem Geschäft, zum Bio-Feinkostladen oder in die Shisha-Bar, zu begegnen. Wir kommen mit Menschen zusammen, die uns unbekannt sind, über die wir aber nach und nach etwas erfahren, auch, wenn die Kontakte flüchtig sind. Solche Orte erzeugen „vertraute Öffentlichkeit“. Wir teilen den Raum mit Menschen, die oft sehr anders sind als wir selbst, die wir aber lernen sozial zu „lesen“. Solche Straßen erzeugen Routineverrichtungen. Und während wir unseren Routinen nachgehen, können wir andere Menschen dabei beobachten, wie sie ebenfalls ihren Routinen nachgehen – und zwar tatsächlich auch, auf welche Art und Weise sie das tun und ob sie es auf andere Art und Weise tun als wir selbst. Wir kopieren das Verhalten anderer. Kämen wir zum Beispiel selbst



Das kein Online-Shopping bieten kann...

Karikatur: Klaus Stüttgen

spontan auf die Idee, nach einer Feier im Freien eine Sektflasche und einen Pizza-Karton zu hinterlassen, wenn das sonst niemand täte? Oder wir entwickeln Kritik und reflektieren durch andere uns selbst, wenn wir zum Beispiel Eltern mit ihrem Kind sprechen hören und denken: „So würde ich nie mit meinem Kind reden.“

Warum sind diese alltäglichen Verrichtungen wichtig für das öffentliche Vertrauen?

Schon vor zehn Jahren war das Karstadthaus in der Müllerstraße im Wedding einmal von der Schließung bedroht (auch jetzt schließt das Haus zunächst nicht, der Konzern hat dem Senat in einer schriftlichen Absichtserklärung zugesagt, das Haus mindestens drei weitere Jahre zu betreiben). Damals hat C&A das Gebäude verlassen und zog in die Shopping-Mall in Gesundbrunnen. Wir haben seinerzeit vor Ort Organisationen und Inhaber von Geschäften interviewt. Sie fürchteten, die Straße werde weiter herunterkommen. Eine Regionalzeitung – nicht der Tagesspiegel – sagte voraus, die Müllerstraße werde als „Billigmeile“ enden.

Es ist nicht ganz leicht, diese Furcht auszudrücken, ohne, dass es so klingt als lehne man prinzi-

piell Läden ab, deren Zielgruppe Menschen mit geringeren Einkommen sind oder als unterstützte man die kommerzielle Gentrifizierung. Das war es auch nicht, worum es denen ging, die sich Sorgen machten. Sie fürchteten vielmehr das Ende der funktionalen Vielfalt.

Funktionale Vielfalt ist ein zentraler Begriff aus dem Buch „The Death and Life of the Great American Cities – Tod und Leben großer amerikanischer Städte“ von Jane Jacobs. Die amerikanische Architektin und Aktivistin veröffentlichte es 1961 vor dem Hintergrund der Zerstörung dicht besiedelter urbaner Nachbarschaften zugunsten der modernistischen Planung der 60er Jahre. Sie vertrat die These, dass Straßen mit gemischter Nutzung die Wahrscheinlichkeit von Begegnungen erhöhen und ein sicheres, pulsierendes Leben ermöglichen – zum Beispiel unter den aufmerksamen Blicken von Ladenbesitzern.

Öffentliches Vertrauen oder ein allgemeines Vertrauen darauf, dass andere da sind und uns beschützen werden, wenn etwas passiert, erhöhen das Sicherheitsgefühl. In den 1990er Jahren ging der amerikanische Politikwissenschaftler Robert

Putnam einen Schritt weiter und zeigte, dass Öffentliches Vertrauen die Demokratie fördert. In seinem späteren Buch „Bowling Alone“, warnte er davor, dass Vertrauen und andere Formen des sozialen Kapitals schwinden, wenn wir uns aus Straßen und Plätzen zurückziehen.

Vor zehn Jahren haben wir 250 zufällig ausgewählte Anwohner\*innen im Wedding befragt, ob sie regelmäßig in der Müllerstraße spazieren gehen. Wir fanden heraus, dass diejenigen, die das bejahten, sich häufiger mit Fremden auf der Straße unterhielten und häufiger zufällig Leuten begegneten die sie kannten. Nicht der Freundeskreis oder die Familie, sondern die Straße erzeugte „vertraute Öffentlichkeit“. Diejenigen, die über Orte mit vertrauter Öffentlichkeit verfügten, hatten größeres Vertrauen, dass ihnen jemand helfen würde, wenn sie Hilfe benötigten, hatten ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl und fühlten sich in

**Wenn wir uns im Alltag begegnen, lernen wir, einander sozial zu lesen. Das erzeugt Vertrauen.**

ihrer Nachbarschaft sicherer. 2019 haben wir rund um das Kottbusser Tor 200 Personen befragt und ähnliche Antworten erhalten: Menschen, die die dortigen Läden frequentierten, Restaurants oder Bars besuchten, fühlten sich sicherer und nahmen an, dass andere ihnen helfen würden. Derzeit untersuchen wir die sozialen Folgen der Coronakrise (corona.hu-berlin.de). Wenn die Ergebnisse vorliegen, werden wir sagen können, ob das Zuhause-Bleiben diese Muster verändert hat.

Gehen Menschen mit größerem Vertrauen häufiger nach draußen – oder ist ihr Vertrauen größer, weil sie häufiger nach draußen gehen? Wir wissen es nicht. Für die Frage, ob wir eine städtische Infrastruktur brauchen, die flüchtige Begegnungen ermöglicht, ist das aber auch egal. In der Stadt mit all ihrer Vielfalt muss Vertrauen sich entweder bilden – oder aber seinen Ausdruck finden. Unsere flüchtigen Begegnungen in der Öffentlichkeit ähneln einem lose gewebten Stoff: Die Stoffbahnen berühren einander, aber sind nicht so eng verbunden, wie bei einem Strickgewebe, dem Strickgewebe unserer Familien und Freunde. Anders als zum Beispiel beim Nachbarschaftstreff oder im Gemeinschaftsgarten ist dieser Stoff ein Nebenprodukt unserer Routinen.

Und warum, zweitens, sollten die eben beschriebenen Praktiken dazu dienen, von der Norm abweichendes Verhalten in die Stadt zu integrieren? Warum sollte das überhaupt eine gute Idee sein?

Jede Stadt umfasst auch ihre Ausgestoßenen: Menschen, deren Art und Weise, die Tage und Nächte zu verbringen, als nicht „normal“ angesehen wird, nicht konform mit den Normen des Mainstreams; Praktiken, die teilweise sanktioniert werden, entweder per Gesetz oder sozial. Bei dem Soziologen Howard Becker habe ich gelernt, dass abweichendes Verhalten genau so definiert werden kann: Abweichend ist, was bestraft wird. So habe ich verstanden, warum mancherorts „Trinkerszenen“ als Problem wahrgenommen werden – nicht aber die Rennradfahrer, die sich auf einem Neuköllner Rasen sonnen und Aperol Spritz trinken als gäbe es kein „Betreten Verboten“-Schild. Wir alle urinieren, schlafen und starren manchmal regungslos in die Gegend. Viele von uns betrinken sich manchmal, reden mit sich selbst, brüllen vor Wut, hauen mit der Faust gegen die Wand oder schreiben jemanden an. Die Anthropologin und Kulturtheoretikerin Mary Douglas hat 1966 in ihrem Buch „Purity and Danger – Reinheit und Gefahr“ beschrieben, dass es nicht diese Rituale an sich sind, die als „nicht normal“ definiert werden – sondern wo, wie und unter wessen Beteiligung sie stattfinden. Je nach Setting und Beteiligten können sie als schmutzig oder sogar gefährlich wahrgenommen werden.

Wir haben das Bedürfnis, Straßen sozial zu lesen und vorauszu sehen, was dort geschehen wird. Deshalb wird manches Verhalten als schmutzig oder gefährlich wahrgenommen: Es verstößt gegen unsere Erwartungen an öffentliches Verhalten, wie der Soziologe Ervin Goffman in „Relations in Public – Beziehungen im öffentlichen Raum“ schrieb. Abweichendes Verhalten erschüttert unseren Ordnungssinn und stört das, was meine Kollegin Julia Nast und ich an anderer Stelle einmal als „Komfortzone“ beschrieben haben.

Straßen ohne funktionale Diversität, in denen sich niemand von A nach B bewegt, ohne Halte-

stelle, ohne Schaufenster, ohne ein Kaufhaus, aber mit vielen Menschen, denen nur die Straße bleibt um zu schreiben, mit sich selbst zu reden, Geld zu verdienen, sich zu betrinken oder einzuschlafen, werden die Vielfalt ihrer Nutzer einbüßen.

Am Leopoldplatz im Wedding wurde auf kluge Weise planerisch interveniert, um das Unwohlsein in den Griff zu bekommen, das manche Ausgestoßene auslösten. Dass es aber überhaupt die Möglichkeit eines planerischen Eingreifens gab, lag daran, dass ohnehin schon Leute da waren, die in Geschäfte gingen oder bei „Simit Evi“ frühstückten. Ein urbanes Gefüge aus ausreichend vielen unterschiedlichen Routinen kann Ausgestoßene besser absorbieren, am besten im Zusammenspiel mit einer guten Raumgestaltung.

Unser Ordnungssinn kann dann besonders gestört sein, wenn eine Abweichung angesichts des Übergewichts an homogenem, regelkonformem Verhalten geradezu grotesk wirkt, etwa in abgeschlossenen wohlhabenden Vororten (wobei man ja nicht weiß, was sich hinter der Tür zur Villa abspielt). In den Innenstädten ist man mit Normabweichungen eher vertraut. Man kommt damit am besten zurecht, wenn sie an bekannten Orten, von bekannten Menschen und regelmäßig stattfinden. Dann fragt der Drogendealer in der U-Bahn irgendwann nicht mehr, ob ich etwas brauche, und wenn ich einen Menschen auf dem Boden mit seinem Pappbecher sehe, suche ich nach einer Münze oder mache einen Bogen. Es ist dann eher unvorhersehbares Ad-hoc-Verhalten, das unseren Ordnungssinn stört. Vielfältige Nutzung a regelmäßigen, wenn auch nicht regelkonformen Abweichungen – sie ist deswegen inklusiv.

Ein solches städtisches Gefüge beruht auf Diversität – was uns zum Ausgangspunkt dieser Überlegungen zurückführt. Kaufhäuser und die Menschen die sie anziehen, die einfach da sind, obwohl sie vielleicht gar nichts Konkretes brauchen, erzeugen Zusammenhalt. Diese Einsicht ist nicht neu. Jahrzehntlang wurde darüber diskutiert, wie man Großstädte sicherer macht – oder das Schrumpfen von Städten verhindert. Als Paradebeispiel für die schrumpfende Stadt in Deutschland galt übrigens einmal Leipzig, was heute kaum mehr vorstellbar ist.

So viel zu Vorhersagen – und an solche falschen Vorhersagen zu erinnern, ist vielleicht gerade jetzt nicht schlecht. Vielleicht ist auch die fixe

**Das soziale Gefüge der Stadt ist ein lose gewebter Stoff, unsere Familien sind wie Strick**

Idee von einer durchdigitalisierten Gesellschaft, die von zu Hause einkauft, zu Hause arbeitet, zu Hause lebt nur eine Fehlprognose. Der französische Philosoph und Soziologe Jacques Ellul warnte 1988 in seinem Buch „Technological Bluff“ vor der Annahme, technische Entwicklung wäre ein Fakt, ein unvermeidbarer Prozess. Die Idee, dass das digitale Leben unweigerlich unsere Zukunft sei, könne „ein gigantischer Bluff“ sein, schrieb er, ein Bluff, in den uns „der Diskurs über die Technik einullt und uns so ziemlich alles glauben lässt, und noch schlimmer, unsere gesamte Haltung zur Technik verändert“.

Technische Möglichkeiten sind nicht dasselbe wie Fortschritt. Etwas, dass wir in Krisenzeiten tun müssen – nämlich zu Hause bleiben – führt nicht dazu, dass alle die Techniken, die das ermöglichen, plötzlich auch aus normativer Perspektive auf allen Ebenen richtig wären.

In all den Debatten über die Folgen des Lockdowns für Berlin wurde bislang wenig über die Folgen für das öffentliche Leben gesagt. Wir müssen erst noch entdecken und uns bewusst machen, wie wichtig pulsierende Einkaufs- und Freizeitstraßen für ein öffentliches Leben in Vertrautheit sind, für die Demokratie und für einen Sieg der Vertrauen Öffentlichkeit über die Angst vor „Schmutz und Gefahr“.

— Talja Blokland ist Professorin für Stadt- und Regionalsoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktorin des Georg-Simmel-Zentrums für Metropolenforschung. Dieses Essay basiert auf ihrem Buch „Community as Urban Practice“ (Polity 2017). Zusammen mit Johanna Hoerning leitet sie das Forschungsprojekt „Städtisches Leben unter Corona“. Dazu gehört eine Umfrage, an der Sie sich unter corona.hu-berlin.de beteiligen können. Übersetzt aus dem Englischen von Anna Sauerbrey

Ein SPRUCH

„Die Gerichtssprache ist deutsch“ – aber...

JOST MÜLLER-NEUHOF über den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, dass syrische Journalisten in einem deutschen Gericht Anspruch auf einen Dolmetscher haben

Länger nichts gehört von einem Prozess, den die Bundesanwaltschaft als „weltweit erstes Strafverfahren gegen Mitglieder des Assad-Regimes“ angekündigt hatte. Doch nun bekommt das seit April laufende aufwändige Verfahren gegen zwei Ex-Geheimdienstler, denen Folter und Mord vorgeworfen wird, etwas Aufmerksamkeit – aus ungewohnter Perspektive. Das Bundesverfassungsgericht hat anhand des Falls jetzt erstmals entschieden, dass Journalisten, die ein Strafverfahren beobachten, aber kein Deutsch verstehen, Anspruch auf Übersetzung haben können (Az.: 1 BvR 1918/20).

Den hatte das Oberlandesgericht Koblenz zwei syrischen Berichterstattern noch verweigert. Einen „Flüsterdolmetscher“ mitzubringen, wie

sonst möglich, verbot das Gericht wegen Corona-Abstandsregeln und reduzierter Saalkapazität. Ein Zugang zur gerichtlichen Simultanübersetzung für die Arabisch sprechenden Angeklagten wurde ebenfalls ausgeschlossen. Der Vorsitzende verwies auf Paragraph 184 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG): „Die Gerichtssprache ist deutsch.“

Daran ist wenig zu deuteln. Es erscheint nachvollziehbar, dass ausländische Medien Deutsch sprechende Korrespondenten schicken sollten, wenn sie über einen Prozess in Deutschland berichten wollen. Und wenn nicht, sollte es dann wirklich Aufgabe der deutschen Justiz sein, ihnen eine Verständigung zu ermöglichen?

Die Antwort aus Karlsruhe – ein vorsichtiges Ja – sollte nicht als Bereitschaft missverstanden werden, den Damen und Herren aus dem Ausland unnötig dienstbar zu sein. Denn der Prozess in Koblenz ist schon deshalb ungewöhnlich, weil hier ein deutsches Gericht über Syrer verhandelt, die ihre Taten in Syrien verübt haben sollen. Zustän-

dig wäre also eigentlich die syrische Justiz, die ein Eingreifen aus bekannten Gründen unterlässt. Dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wiederum sind die Hände gebunden, weil Syrien nicht zu den Vertragsparteien gehört und außerdem Russland eine Strafverfolgung blockiert.

Die Bundesrepublik agiert hier nach dem „Weltrechtsprinzip“, wonach Delikte wie Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unabhängig von Tatort oder der Nationalität von Tätern und Opfern von der deutschen Justiz abgeurteilt werden können. Der Ankündigung der Bundesanwaltschaft war durchaus zu entnehmen, dass man da etwas stolz drauf ist.

Das Koblenzer Gericht konnte mit den damit einhergehenden diplomatischen Verpflichtungen offenbar schlecht umgehen. Es wirkt kleinräumig, wie man sich damit verteidigt, das gerichtliche Instrumentarium, etwa Kopfhörer, könne aus Gründen des Infektionsschutzes nicht benutzt werden.

Auch leidet der Prozess keineswegs unter Andrang, eher ist das Gegenteil der Fall: Viele Zuschauerplätze bleiben regelmäßig leer. Statt sich auf Paragraph 184 Gerichtsverfassungsgesetz zu versteifen, wäre Geschwindigkeit verlangt gewesen, um den Konflikt aufzulösen, bevor er Karlsruher erreicht. So hatte es das Bundesverfassungsgericht auch schon einmal verlangt, als es 2013 um die Platzvergabe für türkische Medien im NSU-Prozess ging, die Richter Manfred Götzl damals für unbeachtlich hielt.

Es ist kein Geheimnis, weshalb. Viele Richterinnen und Richter empfinden Presse im Saal als eher unwichtig, oft sogar als störend. Wenn die Presse dann noch Ansprüche stellt – besonders unerfreulich. Dass die Freiheit der Berichterstattung, auch und gerade aus einem Gerichtssaal, einen Grundpfeiler der Demokratie bildet, wird leicht übersehen. Eigentlich ist es peinlich, dass das Verfassungsgericht die Justiz daran erinnern muss.

AUSGESPROCHEN



„Es ist nicht akzeptabel, dass dies auf Dauer die Allgemeinheit bezahlt.“

Armin Laschet, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident, will Rückkehrer aus Risikogebieten ihre Corona-Tests selber zahlen lassen.